

Bericht über die Haushaltsentwicklung im Jahr 2009 und im 1. Quartal 2010

Anlagen: - 1 -
Gäste: keine

Sachverhalt:

Es ist seit vielen Jahren üblich, dass die Verwaltung im Ausschuss vierteljährlich über die Entwicklung des Kreishaushalts berichtet. Aktuell steht sowohl der Bericht bis zum vierten Quartal 2009 als auch der über das erste Quartal 2010 an. Die Veränderungen gegenüber den Haushaltsansätzen des Jahres 2009, über die berichtet wird, stellen im Wesentlichen auch die Begründung für das vorläufige Jahresergebnis 2009 dar. Die Jahresabschlussarbeiten stehen allerdings erst in den Anfängen, so dass die Prognose zum Jahresergebnis 2009 nur auf den nachfolgend beschriebenen Veränderungen basiert.

Bericht über die wichtigsten Haushaltsveränderungen im Jahr 2009 und Prognose zum Jahresergebnis

Die Verwaltung hat dem Kreistag am 13.07.2009 (DS-Nr. 086/2009) über die Haushaltsentwicklung bis zum zweiten Quartal 2009 berichtet. Die wesentlichen Veränderungen im Haushaltsjahr 2009 im Vergleich zur Veranschlagung sind im Folgenden dargestellt. Zum Vergleich sind auch die Prognosen nach dem 2. Quartal aufgeführt.

Verwaltungshaushalt	IV. Quartal	II. Quartal
<ul style="list-style-type: none"> • Personalausgaben, Gruppe 4 in allen Unterabschnitten Im Rahmen einer äußerst sparsamen Personalpolitik war es auch im Jahr 2009 möglich, durch Verzögerungen bei der Wiederbesetzung frei gewordener Stellen erhebliche Mittel einzusparen. Innerhalb des 33,2 Mio. € umfassenden Personalbudgets konnten insgesamt 290.000 € eingespart werden. Den geringer ausfallenden Aufwendungen stehen verminderte Kostenerstattungen von 50.000 € gegenüber. Dadurch reduziert sich die Ergebnisverbesserung auf 	240.000 €	0 €
<ul style="list-style-type: none"> • Bewirtschaftungskosten, Gruppe 54 bei allen Unterabschnitten Angesichts der deutlich zurückgegangenen Energiepreise ergibt sich bei den Bewirtschaftungskosten ein Plus von 	120.000 €	70.000 €
<ul style="list-style-type: none"> • Buß- und Verwarnungsgelder, HHSt. 1105.0610 Für einzelne Verkehrsverstöße wurde der Bußgeldkatalog ab dem 01.02.2009 geändert. Aufgrund der teilweise erheblich verschärften Bußgelder liegen die daraus erzielten Einnahmen um über den Planvorgaben. 	130.000 €	120.000 €

<ul style="list-style-type: none"> • Sachkostenbeiträge, Grp. 1710 bei den Schulen Im Bereich der Beruflichen Schulen hat das Land die Sachkostenbeiträge für 2009 nachträglich um rund 2 % erhöht. Zusammen mit Ersätzen für Lehrmittel ergeben sich dadurch zusätzliche Einnahmen von knapp 	290.000 €	180.000 €
<ul style="list-style-type: none"> • Internat der Landesberufsschule, UA 2431 Als kostenrechnende Einrichtung schließt das Internat mit einem voraussichtlichen Fehlbetrag von ab. Dafür ist vor allem eine geringere Zahl an Belegungstagen verantwortlich. Die Gebühreneinnahmen und die Kostenbeiträge des Landes liegen dadurch um rd. 300.000 € unter dem Ansatz. Dies konnte durch Einsparungen im Personal- und Sachkostenbereich sowie geringer ausfallende kalkulatorische Kosten teilweise aufgefangen werden. Eine Abdeckung über die Gebührenaussgleichsrücklage ist nicht mehr möglich. 	- 160.000 €	Kein Wert
Soziale Sicherung, Einzelplan 4		
<ul style="list-style-type: none"> • Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, UA 4104 Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen haben sich die prognostizierten Fallzahlen- und Kostensteigerungen 		

<p>nicht in vollem Umfang eingestellt. Aufgrund des neuen Wohngeldgesetzes sind einige Hilfeempfänger unterjährig aus dem Leistungsbezug ausgeschieden. Zusammen mit realisierten Mehreinnahmen ergibt sich gegen dem Plan Soll eine Verbesserung von</p>	<p>190.000 €</p>	<p>350.000 €</p>
<p>• Hilfe zur Pflege, UAe 4110 und 4161 Demgegenüber verzeichnen wir bei den Hilfen zur Pflege Fallzahlensteigerungen, die in diesem Umfang nicht vorhersehbar waren. Sind wir bei der Kalkulation der Planansätze noch davon ausgegangen, den Anteil der ambulanten Hilfen mit Hilfe einer Steuerungsfachkraft weiter ausbauen und damit einen Anstieg der kostenintensiven stationären Hilfen verhindern zu können, liegt die Zuwachsrate bei der vollstationären Pflege dennoch bei knapp 5%. Der Nettoaufwand bei den Unterabschnitten 4110 und 4161 wird deshalb um überschritten.</p>	<p>- 220.000 €</p>	<p>Kein Wert</p>
<p>• Sonstige Hilfeleistungen innerhalb des Abschnitts 41 Innerhalb der sonstigen Hilfearten des Abschnitts 41 haben sich weitere Veränderungen ergeben, die mit einer Verbesserung von abschließen. Hierzu haben vor allem die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer</p>	<p>220.000 €</p>	<p>50.000 €</p>

<p>Schwierigkeiten (insbesondere die Blindenhilfe) beigetragen. Bei der Eingliederungshilfe als dem größten Kostenblock innerhalb der Sozialen Sicherung haben sich die Fallzahlen und der Nettoaufwand von 18,2 Mio. € nahezu entsprechend den Planvorgaben entwickelt.</p>		
<p>• Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Abschnitt 42</p> <p>Aufgrund der weiterhin sehr schwachen Zugangszahlen und einer Novellierung des Aufenthaltsgesetzes, das unter bestimmten Voraussetzungen eine Leistungsberechtigung nach SGB III oder SGB XII auslöst, sind die Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz weiter gesunken. Sie liegen um unter der Ansatzsumme.</p>	<p>140.000 €</p>	<p>180.000 €</p>
<p>• Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV), UA 4820</p> <p>Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende haben wir uns bei der Kalkulation der Haushaltsansätze am hochgerechneten Aufwand 2008 von 15,2 Mio. € orientiert. Dabei sind wir von stabilen Fallzahlen ausgegangen, haben aber für steigende Nebenkosten und eine zu erwartende Regelsatzerhöhung zusätzlich 300.000 € eingeplant.</p> <p>Angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit hat die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Jahresverlauf tatsächlich</p>		

<p>um 11,7 Prozent zugenommen. Die monatlichen Hilfeaufwendungen lagen um rund 100.000 € oder 7,8 Prozent über dem ursprünglich kalkulierten Wert. Der im Haushalt mit 10,68 Mio. € ausgewiesene Nettoaufwand wird deshalb um rund überschritten.</p>	<p>- 790.000 €</p>	<p>- 400.000 €</p>
<p>• Übergangswohnheime, UA 4360 Aufgrund rückläufiger Zugangszahlen bei den Spätaussiedlern und Asylbewerbern hat der Landkreis die Unterkunft in der Gewerbestraße in VS-Schwenningen zum Jahresende aufgegeben. Zur Abgeltung der im Mietvertrag festgelegten Instandhaltungsmaßnahmen und Schönheitsreparaturen hat der Ausschuss für Bildung und Soziales am 16.11.2009 eine überplanmäßige Ausgabe von bewilligt. Auf die DS-Nr. 157/2009 wird in diesem Zusammenhang verwiesen.</p>	<p>- 200.000 €</p>	<p>Kein Wert</p>
<p>• Jugendhilfe, Abschnitt 45 Nach einer noch ausstehenden Rechnungsabgrenzung der Stadt Villingen-Schwenningen gehen wir bei der Jugendhilfe von einem erhöhten Aufwand von aus. Verantwortlich hierfür sind deutliche Fallzahlen- und Kostensteigerungen im Bereich des Kreisjugendamtes bei der Hilfe zur Erziehung sowie der Hilfe</p>	<p>- 1.100.000 €</p>	<p>- 700.000 €</p>

<p>Anteil daran hatte der Ringzug mit einer Verbesserung von 660.000 €. Hier sind einerseits Mehreinnahmen wegen höherer Fahrgastzahlen und andererseits Wenigerausgaben durch Optimierungen bei den Fahrleistungen zu verzeichnen. Gleichzeitig haben wir aber immer noch das Problem der zeitversetzten Abrechnung zwischen dem Land und dem Zweckverband Ringzug. So steht beispielsweise die Endabrechnung für die Jahre 2007 und 2008 immer noch aus. Der Bereich des Tarifverbundes hat sich um knapp 364.000 € günstiger entwickelt. Hier hatten wir den Zuschussbedarf wegen der unterbliebenen Fahrpreiserhöhung und der zahlreichen Unbekannten bei den neuen Schulkoooperationen, neuen Fahrkartenangebote und möglicher Kurzarbeit auf Grund der Wirtschaftssituation etwas zu vorsichtig kalkuliert.</p>		
<ul style="list-style-type: none"> • Zuweisungen nach § 8 FAG, HHSt. <p>9000.0411</p> <p>Bei den Schlüsselzuweisungen hat das Land den Kopfbetrag von 505 € auf 497 €/ Einwohner zurücknehmen müssen. Dadurch reduzieren sich die Zuweisungen um 1.110.000 €. Gleichzeitig mussten wir für das Jahr 2008 eine Rückzahlung von rd. 140.000 € leisten. Damit ergibt sich gegenüber dem Haushaltsansatz eine Verschlechterung von insg.</p>	<p>- 1.250.000 €</p>	<p>- 1.050.000 €</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Grunderwerbsteuer, HHSt. 9000.0611 Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer liegen um unter dem Ansatz von 6,1 Mio. € Gegenüber dem Vorjahr geht das Steueraufkommen damit um 1,41 Mio. € oder 20,55 % zurück. In 2009 lag der durchschnittliche Rückgang aller badenwürttembergischen Landkreise lediglich bei 13,13 %. 	- 650.000 €	- 550.000 €
<ul style="list-style-type: none"> • Zuweisungen nach § 11 Abs. 4 FAG, HHSt. 9000.0613 Der Landkreis erhält zum Ausgleich der durch das Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz übertragenen Aufgaben pauschale Zuweisungen. Der Zuweisungsbetrag orientiert sich an der Steuerkraftsummenentwicklung, die in 2009 höher ausgefallen ist als geplant. Dadurch ergibt sich eine Verbesserung von 	130.000 €	Kein Wert
<ul style="list-style-type: none"> • Ausgleichsleistungen, HHSt. 9000.0920 Das Land gibt den Betrag, der durch den Wegfall des Wohngeldes für Arbeitslosengeld II-Empfänger zu einer Entlastung im Landeshaushalt führt, teilweise an die Stadt- und Landkreise weiter. Bei der Ansatzbemessung haben wir uns noch am Rechnungsergebnis 2007 orientiert, das bei 725.000 € lag. Tatsächlich ist der Zuweisungsbetrag um rund 	430.000 €	Kein Wert

<p>höher ausgefallen. Allerdings will das Land den bisher vorläufigen Ausschüttungsbetrag für 2009 nach unten korrigieren. Dies könnte zu einer Rückzahlungsverpflichtung führen.</p>		
<ul style="list-style-type: none"> Umlage an den LWV in Abwicklung, HHSt. 9000.8321 Die Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Baden in Abwicklung hat beschlossen, vom verbleibenden Geldvermögen vorab 4 Mio. € an die Stadt- und Landkreise auszuführen. Auf den Schwarzwald-Baar-Kreis entfällt dabei eine Erstattung von rund 	160.000 €	160.000 €
<ul style="list-style-type: none"> Zinsen für Geldanlagen, HHSt. 9100.2050 Die zumindest phasenweise gute Kassenlage erlaubte die Anlage von frei verfügbaren Kassenmitteln. Trotz der deutlich gesunkenen Zinssätze konnten in 2009 zusätzliche Zinseinnahmen von erwirtschaftet werden. 	160.000 €	120.000 €
<ul style="list-style-type: none"> Sonstige Planabweichungen innerhalb des Verwaltungshaushalts im zweistelligen Tausenderbereich 	380.000 €	110.000 €

<p>Per Saldo ergeben die aufgeführten Änderungen im Verwaltungshaushalt eine Verschlechterung von (Ohne Straßenunterhaltung entsprechend der unten stehenden Erläuterung und Empfehlung)</p> <p>Um diesen Betrag reduziert sich nach der Haushaltssystematik die Zuführung an den Vermögenshaushalt.</p>	<p><u>- 1.320.000 €</u></p> <p><u>(- 830.000 €)</u></p>	<p><u>- 960.000 €</u></p>
---	---	----------------------------------

Vermögenshaushalt	IV. Quartal	II. Quartal
<ul style="list-style-type: none"> <p>Gewerbeschule Villingen-Schwenningen, Unterabschnitt 2400 Aufgrund günstigerer Auftragsvergaben und neu gefasster Standards bei der Ausführung ergibt sich beim Umbau des Werkstattgebäudes und der Erweiterung der Kfz-Werkstätten an der Gewerbeschule Villingen-Schwenningen eine Verbesserung von</p> 	<p>280.000 €</p>	<p>200.000 €</p>
<ul style="list-style-type: none"> <p>Kreisstraßen, Unterabschnitt 6500 Der Unterabschnitt hat sich per saldo planmäßig entwickelt. Die beim Verwaltungshaushalt angesprochenen Mehrausgaben für den Winterdienst konnten durch höhere FAG-Zuweisungen nahezu ausgeglichen werden. Zudem hatten wir eine nicht veranschlagte FAG-Abschlusszahlung für 2008 erhalten, so dass im Vermögenshaushalt rd. 21.000 €</p> 		

<p>mehr als geplant zur Verfügung standen. Die gegenüber der Vergabe entstehenden Mehrkosten bei der K 5732 Linachtalstraße konnten durch die o.g. Mehreinnahmen und günstigere Abrechnungen bei anderen Baumaßnahmen aufgefangen werden. Der positive Saldo von rd.</p> <p>kommt daher, dass wir die für zwischenzeitlich abgeschlossene Baumaßnahmen gebildeten Haushaltsreste nicht in vollem Umfang benötigt und daher dem allgemeinen Haushalt zugeführt haben.</p>	130.000 €	- 150.000 €
<ul style="list-style-type: none"> • Sonstige Planabweichungen innerhalb des Vermögenshaushalts im zweistelligen Tausenderbereich 	- 140.000 €	Kein Wert
<ul style="list-style-type: none"> • Zuführung vom Verwaltungshaushalt, HHSt. 9100.3000 (Ohne Straßenunterhaltung entsprechend der unten stehenden Erläuterung und Empfehlung) 	- 1.320.000 € (- 830.000 €)	- 960.000 €
<p>Per Saldo ergeben die aufgeführten Veränderungen im Vermögenshaushalt eine Verschlechterung von (Ohne Straßenunterhaltung entsprechend der unten stehenden Erläuterung und Empfehlung)</p>	<u>- 1.050.000 €</u> <u>(- 560.000 €)</u>	<u>- 910.000 €</u>

Erläuterung zur gemeinsamen Straßenunterhaltung:

Einen wesentlichen Anteil an der oben ausgewiesenen Verschlechterung haben die **nicht auskömmlichen Mittelzuweisungen des Bundes und des Landes** für die gemeinsame Straßenunterhaltung. Je nach Buchungsweise der fehlenden Einnah-

men verändert sich die Höhe dieser Verschlechterung. Wir wollen deshalb hierzu folgendes ausführen:

Für die Unterhaltung der Bundes- und Landesstraßen erhält der Landkreis mehr oder weniger pauschalierte Mittelzuweisungen vom Land, die nicht anhand der tatsächlich anfallenden Kosten, sondern nach einem komplizierten Berechnungsschema ermittelt werden. Der Gesamtetat beim Land für diese Aufgabe ist größtenteils gedeckelt. Durch Ministerratsbeschluss wird die von der Verwaltungsstrukturreform bekannte Effizienzrendite mit wenigen Ausnahmen auch auf diesen Etat angewandt.

In den ersten vier Jahren nach der Verwaltungsstrukturreform (2005 bis 2008) haben wir rd. 12 % des Straßenwärterpersonals abgebaut. Zwischen den zwei aufwändigen Wintern 2005/2006 und 2008/2009 waren zwei sehr milde Winter. Dadurch konnten wir mit diesen Mittelzuweisungen innerhalb dieses Zeitraums nahezu Kostendeckung erreichen.

Durch den strengen Winter 2009/2010, dem ein ebenfalls langer und strenger Winter 2008/2009 voranging, decken die Mittelzuweisungen des Landes den Unterhaltungsaufwand für die Bundes- und Landesstraßen nicht mehr. Im Rechnungsjahr 2009 verzeichnen wir hier einen Defizit von rd. 490.000 €. Darin sind die Wintermonate im Kalenderjahr 2010 noch nicht enthalten. Die im Haushalt 2010 für den Winterdienst bereit gestellten Mittel sind bereits verbraucht. Für den Winterdienst am Ende dieses Jahres stehen keine Mittel mehr zur Verfügung.

In den Jahren 2005 bis 2008 haben wir Fehlbeträge bzw. Überschüsse im jeweiligen Jahr entweder im Rechnungsergebnis abgedeckt (Fehlbetrag) oder zu Gunsten des Jahresergebnisses vereinnahmt (Überschuss). Der oben ausgewiesene Betrag von - 490.000 € entspricht dieser bisherigen Verbuchung. Wie bereits erwähnt, haben sich Fehlbeträge und Überschüsse über die Jahre ausgeglichen.

Durch die oben beschriebene Kostenentwicklung haben wir nun die Sorge, dass sich der hohe Fehlbetrag bei der Unterhaltung der Bundes- und Landesstraßen im Rechnungsergebnis 2009 auch durch evtl. milde Winter in kommenden Jahren nicht so schnell ausgleichen lässt. Die Sorge wird dadurch verstärkt, dass sämtliche für den

Winterdienst veranschlagten Mittel im Haushalt 2010 bereits verbraucht sind. Hinzu kommt, dass die in Folge des Winters stark beschädigten Straßen mit einem überdurchschnittlichen Mitteleinsatz wieder instandgesetzt werden müssen.

Die Unterhaltung der Bundes- und Landesstraßen ist eine staatliche Aufgabe. Die Mittel für die Erfüllung dieser Aufgabe müssen von Bund und Land kostendeckend zur Verfügung gestellt werden. Ein Einsatz kommunaler Mittel für diese Aufgabe ist abzulehnen.

Um die Nichtauskömmlichkeit der Mittelzuweisungen zu dokumentieren, besteht die rechtlich zulässige Möglichkeit, den Fehlbetrag bei der Unterhaltung der Bundes- und Landesstraßen nicht wie bisher im Rechnungsergebnis 2009 abzudecken, sondern quasi eine Forderung an Land und Bund zu buchen. Diese Forderung wird aus den Mittelzuweisungen für das Jahr 2010 gedeckt. Das bedeutet, dass für 2010 noch weniger Mittelzuweisungen zur Verfügung stehen. Der Gesamtfehlbetrag im Rechnungsergebnis 2009 würde jedoch um 490.000 € reduziert werden. Die oben beim Verwaltungs- und beim Vermögenshaushalt in Klammern ausgewiesenen Zahlen entsprechen dieser Vorgehensweise.

Abwicklung des Konjunkturpakets II

Im Rahmen des Konjunkturpakets hat der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft am 06.04.2009 einen Maßnahmenkatalog beschlossen, der die Anschaffung von Maschinen und Geräten sowie die energetische Sanierung der Schulgebäude zum Inhalt hat. Die Umsetzung des Konjunkturpakets verursacht im Rechnungsjahr 2009 außerplanmäßige Ausgaben von 1,98 Mio. €, denen der Kreistag am 11.05.2009 zugestimmt hat (vgl. auch DS-Nr. 056/2009). Die Finanzierung erfolgt zu 75% aus der vom Bund gewährten Bildungspauschale und zu 25% durch eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage, die sich damit auf rund 495.000 € errechnet. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird auf die Darstellung der Einzelpositionen auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite verzichtet.

In welchem Umfang noch Haushaltsausgabereste gebildet werden müssen, lässt sich derzeit nicht abschließend sagen.

Bericht über die Haushaltsentwicklung im ersten Quartal 2010

Wir nehmen den Bericht zur Haushaltsentwicklung im ersten Quartal 2010 zum Anlass, dem Ausschuss den Haushaltserlass des Regierungspräsidiums Freiburg zum Haushalt 2010 zur Kenntnis zu bringen. Er ist diesem Bericht als Anlage beigelegt.

Es ist problematisch, aus den Ergebnissen der ersten drei Monate schon Hochrechnungen auf das gesamte Jahr anzustellen oder daraus verlässliche Trends abzuleiten. Dennoch will die Verwaltung den Ausschuss frühzeitig über die aktuellen Entwicklungen bei den großen Einnahmen- und Ausgabenpositionen des laufenden Haushaltsjahres informieren und dabei auch die bereits jetzt bekannten Planabweichungen ansprechen.

- **Personalausgaben**

Nach dem Abschluss der Tarifverhandlungen nimmt das Beschäftigtenentgelt im Haushaltsjahr 2010 um 1,20% zu. Bei der Kalkulation der Haushaltsansätze waren wir noch von einer Steigerung von 1,0% ausgegangen. Durch den höheren Abschluss entstehen uns zusätzliche Aufwendungen von rund 40.000 €.

- **Soziale Sicherung**

Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften in den Monaten Januar und Februar 2010 nicht in dem Ausmaß gestiegen, wie bei der Haushaltsplanung angenommen. Ähnlich verhält es sich mit den Hilfeaufwendungen. Allerdings ist im März 2010 ein deutlicher Anstieg bei den Aufwendungen im Vergleich zu den beiden Vormonaten zu verzeichnen. Es muss nun beobachtet werden, ob die Entwicklung im Monat März mit einmaligen Faktoren belastet war oder sich in den Folgemonaten fortsetzt. Wir hoffen, im nächsten Zwischenbericht zur Haushaltslage für die Soziale Sicherung eine erste Prognose abgeben zu können. Dies gilt auch für die übrigen Bereiche der Sozialen Sicherung, bei denen der in den ersten Wochen und Monaten eines Jahres anfallende Aufwand erfahrungsgemäß oftmals noch dem alten Jahr zuzuordnen ist und dadurch im neuen Jahr zunächst eine Lücke entsteht.

- **Grunderwerbsteuer**

Das Steueraufkommen liegt nach den ersten drei Monaten um rd. 170.000 € unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Rechnet man zu diesen Einnahmen das durchschnittliche Grunderwerbsteueraufkommen der Monate April bis Dezember hinzu, ist davon auszugehen, dass der vom Kreistag bei den Haushaltsplanberatungen auf 5,8 Mio. € erhöhte Ansatz nicht erreicht werden kann. Momentan ist von Mindereinnahmen in einer Größenordnung von 500.000 € auszugehen.

- **Vermögenshaushalt**

Die im Vermögenshaushalt veranschlagten Investitionen werden aus heutiger Sicht weitgehend planmäßig realisiert. Der Mittelabfluss im ersten Quartal ist erfahrungsgemäß gering, weil die Ausführung der Investitionen schwerpunktmäßig in den Sommermonaten liegt. Sollten sich Investitionen verzögern, müssen die entsprechenden Mittel nach 2011 übertragen werden und bringen damit keine Verbesserungen im Vermögenshaushalt.

Der Ausbau der K 5737 zwischen Unterbränd und Mistelbrunn wird voraussichtlich kostengünstiger. Per Saldo verringert sich der Kreisanteil an den Kosten dieser Straßenbaumaßnahme nach dem Ausschreibungsergebnis um rd. 80.000 € (vgl. auch DS-Nr. 015/2010). Auch die Fahrbahnsanierung der K 5732 - Hexenlochstraße fällt voraussichtlich um 185.000 € günstiger aus (DS-Nr. 016/2010).

Stellungnahme der Verwaltung:

Zum voraussichtlichen Jahresergebnis 2009

1. **Behandlung der zu geringen Bundes- und Landeszuweisungen bei der gemeinsamen Straßenunterhaltung**

Um die Nichtauskömmlichkeit der Mittelzuweisungen zu dokumentieren, hält die Verwaltung eine Änderung des bisherigen Verfahrens für angezeigt. Wir schlagen vor, den Fehlbetrag bei der Unterhaltung der Bundes- und Landesstraßen nicht wie bisher im Rechnungsergebnis 2009 abzudecken, sondern eine Forderung an Land und Bund zu buchen. Diese Forderung wird aus den Mittelzuweisungen für

das Jahr 2010 gedeckt. Das Problem ist damit allerdings nicht gelöst, sondern nur in die Zukunft verschoben. Es bedeutet zum einen, dass für 2010 noch weniger Mittelzuweisungen zur Verfügung stehen. Ein weiteres Risiko liegt darin, dass keine milden Winter kommen, irgendwann die Mittelzuweisungen eines Jahres bereits in den Vorjahren verbraucht wurden und das Land keine weiteren Mittel zur Verfügung stellt. Der Vorteil dieser Verfahrensweise besteht darin, dass die Nichtauskömmlichkeit der Mittelzuweisungen gegenüber dem Land dokumentiert und damit eine eindeutige Grundlage für Nachforderungen an das Land geschaffen wird. Zudem würde der Gesamtfehlbetrag im Rechnungsergebnis 2009 um 490.000 € reduziert werden.

2. Zusammenfassung der Haushaltsentwicklung in 2009

Bei der Verabschiedung des **Haushalts 2009** stellte sich die Einnahmensituation beim Landkreis noch positiv dar, obwohl sich erste Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise andeuteten. Schon nach der Mai-Steuerschätzung wurden die Schlüsselzuweisungen erheblich reduziert und liegen nun im Rechnungsergebnis um 1,25 Mio. € unter dem Ansatz. Auch die Grunderwerbsteuer lag am Jahresende um über 20 % hinter dem entsprechenden Vorjahreswert und rd. 11 % oder 650.000 € unter dem bereits zurückgenommenen Ansatz. Auf der Ausgabenseite reichte auch der erhöhte Gesamtansatz für die Soziale Sicherung nicht aus. Insbesondere bei der Jugendhilfe und bei den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II (Hartz IV) verzeichnen wir Ausgabenzuwächse in einer Größenordnung von zusammen 1,9 Mio. €. Bei Letzteren sind die Ursachen eindeutig auf die verschlechterte Lage am Arbeitsmarkt in Folge der Wirtschaftskrise zurück zu führen. Allein die vier oben beschriebenen Veränderungen bedeuten zunächst eine Verschlechterung für das Rechnungsergebnis in Höhe von 3,8 Mio. €.

Nach dem Halbjahresbericht zur Haushaltsentwicklung, der dem Kreistag in der Sitzung am 13.07.2009, DS-Nr. 86/2009, vorgestellt wurde, zeichnete sich noch eine Gesamtverschlechterung im Verwaltungshaushalt von knapp 1 Mio. € ab. Je mehr wir uns dem Jahresende näherten, umso höher wurden die Ausgaben insbesondere für die Jugendhilfe und für Hartz IV. Allein in diesen beiden Bereichen ist der Zuschussbedarf im vorläufigen Rechnungsergebnis um 800.000 € höher als noch im Halbjahresbericht prognostiziert. Hinzu kam kurz vor Jahresende ei-

ne überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 200.000 € für Instandhaltungsarbeiten an einem Übergangwohnheim, zu denen der Landkreis vertraglich verpflichtet war. Dass sich die im Halbjahresbericht geschätzte Gesamtverschlechterung nicht ebenfalls um 1 Mio. € erhöhte, ist auf eine erhebliche Verbesserung im ÖPNV/Ringzug und auf viele kleinere Verbesserungen zurück zu führen. U.a. mit den um 250.000 € geringeren Personalausgaben hat die Verwaltung zum wiederholten Male ihre Sparsamkeit unter Beweis gestellt.

Im Vermögenshaushalt wirken sich insbesondere die Einsparungen beim Umbau des Werkstattgebäudes der Gewerbeschule in VS-Villingen positiv auf das vorläufige Rechnungsergebnis aus.

Sollte der Ausschuss der Empfehlung unter Ziffer 1 der Stellungnahme der Verwaltung zum Abmangel bei der Unterhaltung der Bundes- und Landesstraßen folgen, würde sich der Fehlbetrag in der Jahresrechnung 2009 aus heutiger Sicht auf etwa 560.000 € reduzieren. Ansonsten läge er bei voraussichtlich 1,05 Mio. €. Der Fehlbetrag soll nach § 23 GemHVO unverzüglich gedeckt werden; er ist spätestens im dritten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr (hier 2012) zu veranschlagen.

Das endgültige Rechnungsergebnis mit detaillierten Erläuterungen wird dem Ausschuss wie üblich in der zweiten Jahreshälfte mit dem Rechenschaftsbericht zur Vorberatung für den Kreistag vorgelegt.

Zum ersten Quartal 2010

Nachdem in 2010 erst knapp drei Monate vergangen sind, kann naturgemäß noch keine Prognose zum Jahresergebnis erstellt werden. Die wenigen Bereiche, in denen sich zum jetzigen Zeitpunkt nennenswerte Veränderungen abzeichnen, sind die Kosten der Unterkunft nach dem SGB II (Hartz IV) und die beiden Straßenbaumaßnahmen (jeweils positiv), sowie die Grunderwerbsteuer (negativ). Daraus lassen sich jedoch noch keine Haushaltsrisiken ableiten. Man darf hoffen, dass sich negative und positive Entwicklungen ausgleichen. Unklar ist noch, welche Veränderungen sich bei den Schülerbeförderungskosten insbesondere durch die Einführung der neuen Werkrealschule ergeben werden.

Im Hinblick auf die Haushaltssituation und Unwägbarkeiten bei anderen Investitionen sollen die freiwerdenden Mittel aus den günstigeren Ausschreibungsergebnissen zweier Straßenbaumaßnahmen zunächst nicht anderweitig verplant werden.

Beschlussvorschlag:

1. Der Fehlbetrag bei der gemeinsamen Straßenunterhaltung wegen zu geringer Mittelzuweisungen des Bundes und/oder des Landes wird ab 2009 als Forderung gegenüber dem Bund und/oder dem Land verbucht.
2. Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Haushaltsentwicklung im Jahr 2009 und im ersten Quartal 2010 zur Kenntnis.